Sonntag, 20. November 1921 | Einzelnummer 15 Mark. | 60. Jahrgang. Nr. 223.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis für Monat Dezember M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110. 3249.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 40.— M. Reklameteil 120.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.
Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 20.283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Freundliche Aussichten.

Während in Washington Harding die Abrüstungskonferenz mit der Feststellung einleitet, die Völker seien kriegsmüde, die Welt verlange nach Frieden, und deshalb hätten sich die Vertreter der Völker versammelt, um Freiheit und Recht zu sichern auf Grund gegenseitiger Verständigung, bläst der „Kurjer Poznański“ mit vollen Backen in die Kriegstrompete. In seiner Nr. 260 bringt er als Fortsetzung des von uns in der Mittwoch-Nummer erwähnten Aufsatzes: „Um was es sich für die Deutschen handelt“ einen ähnlichen Erguß unter der Überschrift: „Eine drohende Gefahr.“ In dem Artikel wird zunächst mit Bedauern festgestellt, daß sowohl innerhalb wie außerhalb der Grenzen die Neigung bestände, sich mit Deutschland zu verständigen. Das aber sei eine Utopie. Und dann geht es weiter:

„Allein Frankreich ist frei von jeglichen Illusionen bezüglich Deutschlands und schätzt es mit dem richtigen Maße ein. Frankreich allein ist sich dessen genau bewußt, daß sich die deutsche Seele in nichts geändert hat und sich sobald nicht ändern wird. Eine Nation von organisierten Plünderern, die vom Raub groß geworden ist, eine Nation kaltblütiger Tyrannen und Treuloser, ... solch eine Nation im Herzen Europas, wird eine ewige Drohung und ein Unglück für alle ihre Nachbarn sein, besonders aber für die schwächeren, gegen die in erster Linie ihre Eroberungsgelüste gerichtet sind. Der Drang nach Osten ist doch keine Erfindung der letzten Zeit. Magdeburg ist doch das alte Dziewiec, einer der Vororte Berlins heißt bis heute Nowawes, und in Mecklenburg befindet sich ein Städtchen Krakow, dessen Name seinen slawischen Ursprung bezeugt. Laba (Elbe), Odra (Oder), Wisła (Weichsel) sind nur Etappen vom deutschen Drang. Wenn wir damit die Forderungen der gegenwärtigen deutschen Politik zusammenhalten, von welchen ich im vorigen Artikel gesprochen habe, verstehen wir leicht, daß irgend welche ehrliche und dauernde Verständigung mit einer solchen Nation eine Grille ist ... die Kreuzritterreptilie kann man nicht ungestraft streicheln, sagte Mickiewicz. Zertreten kann sie nur die Gewalt, doch diese blieb infolge der Wilsonschen Ideologie auf halbem Wege stehen und — hat sie nicht zertreten! ...“

Verfaßt ist dieser Haßgesang, wenn wir recht unterrichtet sind, von demselben hohen Staatsfunktionär aus der Generalprokurator, der neulich einem ad hoc bestellten Ausfrager seines Leiborgans erklärt hatte, die Deutschen wären doch wohl nicht so naiv, daran zu glauben, daß das, was ihnen die Naczelna Rada Ludowa zugesichert hätte, für bare Münze zu nehmen gewesen wäre!

Die deutschen Unterhändler müssen ja mit besonders hochgespannten Erwartungen zu den deutsch-polnischen Verhandlungen fahren, wenn ihnen aus den Kreisen, die hier die Politik maßgeblich beeinflussen, zugerufen wird, nur ein ganz Einfältiger könne daran glauben, daß der Pole sein Wort halte, und wenn eine Verständigung mit Deutschland als eine Grille bezeichnet wird. Dazu noch der Fanfarenruf, der alles Land östlich der Elbe als polnisches Gebiet reklamiert: — das kann ja fröhliche Weihnachten geben.

Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Die Kreuzritter, deren Nachfahren noch heute hier im Lande sitzen, haben mit dem Kreuz die Lehre hereingetragen: „Was mein ist, ist auch dein“, und sie haben mit dieser Lehre dem Lande das Recht gebracht und mit dem Rechte die Kultur, deren Segnungen auch in den letzten beiden Jahren nicht haben weggewischt werden können. Mit robusterer Hand haben die neuen Ritter der Toleranz in Umkehrung jenes Wortes die Losung auf ihre Fahne geschrieben: „Was dein ist, ist auch mein!“ Folgerichtig wird aber unter der neuen Losung das Recht und mit ihm die Kultur wieder vernichtet. Erklärte doch neulich nach der Verhaftung des Holländers Pennock, der durch seine Kreditbeschaffungen unserer Zuckerindustrie den ordnungsmäßigen Fortgang und die Gründung einer für das Land so außerordentlich bedeutungsvollen Raffinerie ermöglichen wollten, ein Pole, als er gegen die von den deutschen Interessenten gestützten Pennockschen Vorschläge stimmte: Wir wissen, daß wir gegen das Interesse der Landeskultur handeln, aber wir müssen so aus politischen Gründen stimmen. Das „aus politischen Gründen“ bedeutete, daß es nur bei der kulturfeindlichen Stimmabgabe möglich wäre, die Deutschen aus ihrer Position in der Zuckerindustrie zu verdrängen. Und auch in der Beurteilung der Domänenpächtervertreibung dürfen wir uns auf polnische Kronzeugen berufen. Ein polnischer Landwirt war es, der mit Bitterkeit feststellte, wie schwer der Kulturzustand der Domänen dadurch beeinträchtigt wurde, daß an die Stelle erprobter Fachleute beruflich und finanziell impotente Günstlinge der Großen von heute auf die Domänen gesetzt wurden. Und ein polnischer Pächter hat das gegenüber den deutschen Domänenpächtern angewandte Verfahren als Rechtsbeugung gebrandmarkt. Auch hier Rückgang der Kultur und Verlöschen des Rechts als Folge des Rittersspruches aus dem Vade mecum des Toleranzordens: was dein ist, ist auch mein. Aber gewiß: fremdes Gut haben die Herren in großer Menge auf leichte Weise an sich gebracht. Es verlohnt wohl einmal, eine Berechnung über die Höhe der Beute aufzumachen. Ein polnischer Landwirt, der sein 2000 Morgen großes Gut unmittelbar nach der Umwälzung erworben hat, teilt uns auf Befragen mit, daß er für die recht schadhaften Gebäude außerordentlich viel getan hat, daß er sie aber durch seine Aufwendungen in den beiden Wirtschaftsjahren 1919/20 und 1920/21 in einen absolut einwandfreien Zustand gebracht habe. Die Instandsetzungen hätten erfordert im Jahre 1919/20 etwas über 200 000 M., und im Jahre 1920/21 etwas über 500 000 M., zusammen also rund ¾ Millionen. Nun war auf den Domänen vom preußischen Fiskus außerordentlich viel für Neubauten geschehen. Man wird also annehmen dürfen, daß die Instandhaltung der Gebäude auf einer Domäne in den beiden letzten Wirtschaftsjahren höchstens etwa eine halbe Million erfordert haben wird. Unterstellen wir nun, daß von 100 Domänenpächtern, denen das gesamte Inventar wegen unzureichender Gebäudereparierung einbehalten worden ist, in den beiden Jahren überhaupt keine Reparaturen an den Gebäuden ausgeführt worden sind, so wäre ihnen diese Unterlassung mit 100 mal eine halbe Million gleich 50 Millionen anzurechnen. Der Wert des Inventars auf einer Domäne dürfte aber durchschnittlich etwa 20 Millionen betragen. In den Inventarstücken weggenommen sind also 100 Domänenpächtern rund 2 Milliarden. Mithin — um es vorsichtig auszudrücken — Übergang eines Objekts von annähernd 2 Milliarden von Deutschen auf Polen, bezw. auf den polnischen Staat ohne Gegenleistung! Rechnet man hinzu, was Genossenschaften, Vereine und Schulgemeinden, Industrielle und ländliche Besitzer auf ähnliche Weise verloren haben und noch verlieren werden, dann kommt ein ganz hübsches Sümmchen zusammen, das die Satteltaschen der Toleranzritter gefüllt hat. Aber, wie gewonnen, so zerronnen. Und da die Deutschen in Oberschlesien wohl nicht in gleichem Maße auszupowern sein werden, da sich dort schon Engländer und Franzosen eingenistet haben, weist der „civis“ des „Kurjer“ vorwärtsschauend mit seinem Prokuratorenarm auf neue Gebiete. Wie Korfanty für sich in Anspruch nehmen durfte, die oberschlesische Frage entdeckt zu haben, so wird dem neuen Bannerträger der Ruhm zufallen, daß er die brandenburg-mecklenburgische Frage aufgerollt hat. — Und Friede auf Erden!

Polen und Rußland.

Warschau, 19. November. (PAT.) Der Botschafter der Republik Polen in Moskau hat dem Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten eine Note übersandt, die einen Einspruch wegen der Nichterfüllung der Bedingungen des Rückwanderervertrages enthält und zwar: 1. in der Angelegenheit des Henryk Ryle, der trotz zweimaliger mündlicher Interpellation im Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten gefangen gehalten wird und in schwierigsten gesundheitsschädlichen Verhältnissen leben müsse; 2. in der Angelegenheit des polnischen Bürgers Jerzy Prażmowski, der seit dem Jahre 1920 aus politischen Gründen im Gefängnis saß. Trotzdem seine Staatszugehörigkeit den russischen Behörden bekannt war, haben diese Behörden die Vollstreckung des Todesurteils zugelassen; 3. in der Angelegenheit des Gefangenen Oberst Walery Czumy, des früheren Führers der polnischen Truppen in Sibirien, der sich gegenwärtig in einem der Moskauer Konzentrationslager unter den ungünstigsten Verhältnissen befindet. Oftmalige Einsprüche waren ohne Erfolg; 4. in der Angelegenheit des polnischen Bürgers Jabłoński, der unberechtigterweise von dem Leiter des Konzentrierungslagers geschlagen wurde.

Die erste Rate des russischen Goldes.

Moskau, 19. November. Die polnische Regierung hat den Vorschlag der Sowjetregierung anstatt der ersten Rate in Gold, die Brillanten der zarischen Krone anzunehmen, abgelehnt. Die Bolschewisten schritten gegenwärtig zusammen mit der polnischen Kommission zum Abwiegen der polnischen Gegenstände, die zur Deckung der ersten Rate bestimmt sind.

Aus Oberschlesien.

Calonder Vorsitzender der oberschlesischen Kommission.

Berlin, 19. November. (Tel.-U.) Die Ernennung Calonders zum Vorsitzenden der oberschlesischen Kommission wird, wie die Telegraphen-Union erfährt, amtlich bestätigt. Vom deutschen Vertreter in Genf ist mündlich mitgeteilt worden, daß die beiden deutschen Vertreter Schiffer und Lewald mit ihren Beratern für den 23. November nach Genf zu einer Vorbesprechung geladen werden.

Die Grenzfestsetzung.

Die Grenzregulierungskommission hat ihre Arbeiten im Ratiborer und Rybniker Kreise beendet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie bis zum 19. d. Mts. auch die Grenze im Gleiwitzer Kreise festgesetzt hat. Bei der Abgrenzung in den nördlichen Kreisen hat Polen Kruppamühle verloren. Während des Krieges wurde dort Dynamit und andere Explosivstoffe hergestellt. Jetzt baut man in der Fabrik Waggons.

Der „Temps“ meldet aus Oppeln: Die nördliche Grenze in Oberschlesien ist von der Kommission bereits gezogen. Die deutschen und polnischen Einwendungen sind nach Bekanntgabe der Linienführung innerhalb 14 Tagen geltend zu machen. Die Festsetzung der Grenze im Industriegebiete wird längere Zeit in Anspruch nehmen. Die deutsche Regierung hat die ihr anheim gestellte Entsendung eines Vertreters des Reichswehrministeriums nicht ausgesprochen, infolgedessen nahmen nur die beiden polnischen Generalstabsoffiziere an den Arbeiten der Entantekommission teil.

Oberschlesiens Vertreter bei Schiffer.

Berlin, 11. November. Freitag fand im Reichstag unter dem Vorsitz des deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Schiffer, eine Sitzung der oberschlesischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten statt. Auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft legt Schiffer den größten Wert. Schon jetzt sind für die Unterkommission für Zollwesen, die sich auch mit den Fragen der Ein- und Ausfuhr zu beschäftigen hat, Arbeitervertreter und Gewerkschaftsvertreter der verschiedenen Richtungen zu Sachverständigen bestellt worden.

Die Abrüstungskonferenz.

Amerikanisch-englische Uebereinstimmung.

Balfours Rede, in der er den amerikanischen Vorschlag annimmt, machte auf die Konferenz einen ebenso guten Eindruck wie der amerikanische Vorschlag selbst. Als Balfour die wohlwollende und vollständige Mitarbeit ganz Großbritanniens versprach, erhob sich die Versammlung und spendete minutenlang stürmischen Beifall. Die Forderungen des japanischen Admirals Kato nach nationalen Sicherungen und nach Beibehaltung der befestigten Stützpunkte im Stillen Ozean wird hingegen mit Schweigen aufgenommen. Hughes erklärte sich mit Balfours Rede einverstanden. Briand erklärte sich mit Hughes Vorschlägen einverstanden und kündigte an, daß er einen Vorschlag für die Abrüstung zu Lande machen werde. Während der letzten Sitzung der Abrüstungskonferenz griff Staatssekretär Hughes noch einmal in die Debatte ein, indem er sich mit der offenen Tür im fernen Osten beschäftigte. Er verlangte die wirtschaftliche und territoriale Unversehrtheit Chinas. China müsse, wie alle übrigen Staaten, das gleiche Recht erhalten, private Verträge abzuschließen. Die Kontrolle Shantungs und der Mongolischen Eisenbahnen durch die japanische Regierung müsse aufgehoben werden. Weiter trat Hughes für eine Entfernung der japanischen Besatzungsheere aus Sibirien ein. Wenn man von Japan das Opfer seiner Rechte in Shantung und in der Mongolei fordert, so müsse man auch von England die Aufgabe seiner Rechte in Mesopotamien verlangen, da diese mit dem Grundsatz der offenen Tür sich nicht vereinigen ließe. Schließlich betonte Hughes, daß der Kongreß die Aufhebung der Mandate über die Inseln des Stillen Ozeans beschließen müsse. Er legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß er durch die Forderung der Mandatsaufhebung für die Freiheit der Meere kämpfe. Die nächste Vollsitzung der Konferenz wird möglicherweise nicht vor Mitte nächster Woche stattfinden.

Ein Vorschlag Chinas.

Washington, 18. November. Die chinesischen Delegierten überreichten der Kommission für den Fernen Osten einen ausführlichen Plan über die Regelung des chinesischen Problems. Die Hauptpunkte sind: vollkommene politische Unabhängigkeit Chinas, Unverletzbarkeit des chinesischen Territoriums und Garantie der offenen Tür. Die amerikanischen Delegierten haben dem chinesischen Vorschlag vorbehaltlos zugestimmt. Es steht schon fest, daß die bestehenden Beschränkungen der Freiheit Chinas zum größten Teil aufgehoben werden. Man trachtet danach, das unerledigte chinesische Problem von der Tagesordnung der Abrüstungskonferenz abzusetzen.

Die Unterkommission der Marinesachverständigen.

Washington, 18. November. (Tel.-Un.) Die Unterkommission der Marinesachverständigen ist folgendermaßen zusammengesetzt: Vorsitzender Roosevelt, Sekretär des Marinedepartements, und folgende Mitglieder: Admiral Beatty, Admiral Le Bon, Admiral Acton, Admiral Kato. Sie wird von Zeit zu Zeit von der Abrüstungskonferenz über den Stand der Beratungen unterrichtet werden.

Die Enttäuschung der Pariser Presse über Washington.

„Petit Journal“ schreibt der Unterredung zwischen Briand und Hughes und der Entschlossenheit, mit der Briand den Standpunkt Frankreichs in der Abrüstungsfrage ausgedrückt habe, große Wirkungen zu und versichert, daß Frankreich in der Reparationsfrage bindende Zusicherungen erhalten habe.

„Echo de Paris“ sagt, daß die englische Diplomatie in Washington triumphiert, weil England es durchsetzen werde, die stärkste Flotte zu behalten und im Austausch für den Verzicht auf das Bündnis mit Japan noch andere Zugeständnisse zu erwarten habe. Es wäre unheilvoll, wenn über Reparationen gesprochen würde. (!) In dieser Frage müsse Frankreich die Zeit und die Methoden bestimmen. Wenn die Reparationen gerade jetzt

zur Sprache kämen, dann würde das für Frankreich sehr unvorteilhaft sein. Es wäre besser, wenn Loucheur auf die Reise nach Amerika verzichtete. Frankreich müsse sich vor allem darüber klar sein, was es tun wolle, wenn Deutschland am 15. Januar nicht zahle. Die Ereignisse in Washington bedeuten eine klare Ablehnung der Politik der Allianzen, wie sie Briand auffaßt und betreibt.

Der Korrespondent des „Journal" meldet sogar, daß Hughes auf die Worte Briands, Frankreich werde seinen Standpunkt darlegen, wenn die Abrüstungsfrage der Landarmee besprochen würde, „mit trockener, kalter und harter Stimme" geantwortet habe, „wir werden also später hören, was Herr Briand zu sagen hat."

Der Engländer Wells über den Versailler Papierfetzen.

Paris, 19. November. In einem weiteren Artikel im „Petit Parisien" erinnert der englische Schriftsteller A. E. Wells daran, daß die Verbündeten während des Krieges vielfach erklärten, sie kämpften nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen den deutschen Imperialismus. Als aber Deutschland sich im Jahre 1918 auf Grund der vierzehn Punkte Wilsons ergeben habe, seien alle diese Verpflichtungen von der Versailler Konferenz als ein Fetzen Papier behandelt worden. Jeder einzelne Deutsche sei für den Krieg verantwortlich gemacht worden, obwohl jeder Franzose, Engländer und Amerikaner wisse, daß, wenn jemand fürs Vaterland im Kriege stehe, er zu kämpfen habe, ob es recht oder unrecht sei. Ein dauernder Feldzug mit Invasionen und unmöglichen Forderungen sei gegen die erschütterte deutsche Zivilisation unternommen worden und werde gegen sie fortgeführt.

Wells verlangt, daß die besten deutschen Persönlichkeiten und die sehr vernünftige republikanische Regierung Deutschlands zur Washingtoner Konferenz hinzugezogen werden sollen,

Die Reparationen.

Die grundsätzliche Frage, ob das Reparationsabkommen jetzt oder binnen kurzer Frist einer Revision unterzogen werden kann, aufzuwerfen, dürfte sich nach Mitteilungen von sehr zuverlässiger Seite die Reparationskommission nicht für befugt halten. Soweit sich aus dem gegenseitigen Stande der Verhandlungen schließen läßt, sind die Aussichten für Gewährung eines Moratoriums an Deutschland sehr gering. Der Zeitpunkt für eine grundlegende Revision des ganzen Reparationsproblems aber scheint noch nicht gekommen zu sein.

Die englische Presse spricht die Ansicht aus, daß man den Deutschen gestatten wird, die Januarrate später zu bezahlen.

Die Vorschußforderung Frankreichs.

Paris, 19. November. Wie der „Temps" bestätigend meldet, hat die Garantiekommission die Forderung erhoben, daß Deutschland am 15. November und am 1. Dezember je einen Vorschuß leiste, die zusammen etwa 1/5 der halben Milliarde Goldmark betragen sollen, die am 15. Januar 1922 fällig ist. Diese Vorschußzahlung soll aus den Zolleinnahmen und Ausfuhrabgaben entnommen werden. Die Reparationskommission wird mit der deutschen Regierung über die Maßnahmen sprechen, um die Vorschußzahlungen zu ermöglichen. Die Kommission wird sich ferner mit der Kreditaktion der deutschen Industrie, sowie mit dem Markkurs und dem deutschen Budget, sowie der Schaffung neuer Einnahmequellen durch neue Steuern beschäftigen.

Um die deutschen Eisenbahnen.

Gegen die Entstaatlichung.

Berlin, 19. November. (Telunion.) Dienstag vormittag waren die großen Eisenbahner-Organisationen zu Besprechungen unter Teilnahme Minister Gröners über die Entstaatlichungsfrage in das Reichsverkehrsministerium geladen. Die Besprechungen wurden Donnerstag fortgesetzt. Am Nachmittag waren der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring in der Zentralarbeitsgemeinschaft zusammen. Die entscheidenden Besprechungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden am nächsten Donnerstag in der Zentralarbeitsgemeinschaft stattfinden. Sämtliche Organisationen lehnten eine Privatisierung der Reichsbahnen in jeder Form ab und erklärten, daß sie auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückschrecken würden.

Im Unterausschuß des Verkehrsausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, dessen Aufgabe die Prüfung der Organisation und der Wirtschaftlichkeit der Reichseisenbahnen ist, und dem Vertreter aller Abteilungen des Reichswirtschaftsrates angehören, fand eine eingehende Aussprache über den vom Reichsverband der deutschen Industrie gefaßten Beschluß, die Reichseisenbahnen zu entstaatlichen, statt. In dieser Aussprache wurde von allen Ausschußmitgliedern einstimmig und mit größter Bestimmtheit der Standpunkt vertreten, daß eine Überführung der Reichseisenbahnen in den Besitz des Privatkapitals mit den Interessen der deutschen Volkswirtschaft und des Bestandes des deutschen Reiches für unvereinbar und darum für wirtschaftlich und politisch verhängnisvoll zu erachten sei.

Der griechisch-türkische Krieg.

Bukarest, 19. November. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Kemal Pascha hat erklärt, daß er im Falle einer Entfernung des Königs Konstantin und Bildung einer demokratischen Regierung in Athen, bereit wäre, in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzutreten.

Informationen aus London zufolge soll die griechische Regierung um die Aufrechterhaltung der französischen Besatzung bis zum 20. November in Zilizien nachgesucht haben, damit der griechischen Bevölkerung dieses Landes Zeit gegeben sei, um auswandern zu können. Man hat bisher in Paris keine Bestätigung dieses Schrittes erhalten.

Kemal Pascha als Diktator.

Paris, 19. November. Kompetente Quellen bestätigen die Nachricht, daß Kemal Pascha von der Nationalversammlung in Angora zum Diktator ernannt worden ist.

Die albanische Frage.

Amtlich wird gemeldet, daß die englische Regierung Albanien als unabhängigen Staat anerkennt und diese Entscheidung Frankreich und Italien bekannt gegeben hat.

Demgegenüber hat, wie der „Corriere della Sera" meldet, der jugoslawische Ministerrat beschlossen, eine Note an die Botschafterkonferenz abzusenden, worin die jugoslawische Regierung die Erklärung abgibt, daß sie die Grenze von 1913 für Albanien nicht anerkennen könne.

Die serbische Regierung hat beschlossen, in einer an die Alliierten zu richtenden ausführlichen Note, die gegen das Königreich Serbien auf Grund tendenziöser Informationen in der albanischen Frage erhobenen Anklagen zu widerlegen und gegen den Beschluß der Botschafterkonferenz bezüglich der Grenzführung Albaniens Einspruch zu erheben. Die Frage ist deshalb dem Völkerbundrat zur Regelung überwiesen worden.

Die irische Frage.

London 19. November. Die englisch-irischen Beziehungen sind sehr gespannt und bedrohen den weiteren Frieden zwischen beiden Nationen. Verschiedene Parteigruppen haben ihre Stellungnahme einer Revision unterzogen. Immer deutlicher zeigen sich Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungspartei. In gut unterrichteten Kreisen herrscht die Meinung daß entweder Lloyd George zurücktreten oder eine Auflösung des Parlaments erfolgen werde.

Ulster hat sich in seiner offiziellen Antwort an die englische Regierung geweigert auf der Basis der Uebereinkunft, die zwischen Sinnfein und England getroffen ist, zu verhandeln. Nach Beendigung der Beratungen gab Sir James Craig eine offizielle Mitteilung heraus, in der er erklärt daß er wegen der Unmöglichkeit der Verwirklichung der Forderungen Nordirlands weitere Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und Ulster für zwecklos ansehe.

Die Sinnfeinabgeordneten zur irischen Konferenz und die Führer des irischen Parlaments, unter ihnen Devalera, haben eine Sitzung abgehalten. in der, wie es heißt, Angelegenheiten von größerer Bedeutung beraten worden sind.

Der englische Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung im Wortlaut der Antwort auf die Einwände Ulsters in Sachen Irlands festgesetzt. Die Antwort ist in Form eines Schreibens Lloyd Georges an Sir James Craig gehalten und wird sofort nach Belfast abgesandt. In diesem Schreiben versucht Lloyd George die Regierung von Ulster zur Annahme des Dominien-Statuts für ganz Irland zu bewegen, wobei Ulster Autonomie erhalten würde. Die Entscheidung wird erst Ende dieser Woche erwartet. Ulster beabsichtigt vor allen Dingen, den Beschluß der Konferenz der unionistischen Partei in dieser Angelegenheit abzuwarten. Die Konferenz fand Donnerstag unter dem Vorsitz des Lord Derby statt. An dieser Konferenz haben 1500 Delegierte aus ganz England teilgenommen. Sollten die Ulster eine feindliche Stellung gegen Lloyd George einnehmen, so kann mit seiner Demission in den nächsten Tagen gerechnet werden.

*

Amerika für Anerkennung Irlands? Nach einer Meldung des „Neuyork Herald" aus Baton Rouge (Luisiana) hat das Staatsparlament von Luisiana mit 58 gegen 51 Stimmen beschlossen, vom Präsidenten Harding die Anerkennung der irischen Republik zu verlangen.

Die europäische Gold-Reservebank.

Genf, 18. November. Ueber den Plan des amerikanischen Finanzmannes Vanderlip, eine internationale Bank zum Aufbau der europäischen Finanzen zu gründen, wird u. a. berichtet: Das Kapital der Gold-Reservebank der Vereinigten Staaten von Europa soll eine Milliarde Goldmark betragen, das bis zur Höhe von 20 Prozent als Garantie für die Ausgabe von 5 Millionen Dollar Banknoten dienen soll. In allen europäischen Staaten werden Niederlassungen errichtet. Diese nationalen Niederlassungen können nur Anleihen an Banken gewähren, gegen eine Bürgschaft von 150 Prozent des Wertes.

Arbeiterbewegung.

Deutschland.

Wilder Streik in den Charlottenburger Gaswerken.

In den städtischen Gaswerken in Charlottenburg ist ein wilder Streik ausgebrochen, weil den Arbeitern die geforderte 1000-Mark-Beihilfe nicht bewilligt wurde. Da der Magistrat den Arbeitern ein günstiges Angebot machte, haben sie nach dreitägigem Ausstand die Arbeit wieder aufgenommen, auch die Arbeiter der Gasbetriebs-Gesellschaft Mariendorf, die aus Sympathie für die städtischen Arbeiter in den Streik getreten waren, so daß wieder in ganz Groß-Berlin mit einer geregelten Gasversorgung gerechnet werden kann.

Streik in der Mannheimer Metallindustrie.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Obleute, der Betriebsräte und Vertreter der gesamten Mannheimer Metallindustrie beschloß, in allen Betrieben eine Geheimabstimmung stattfinden zu lassen über eine eventuelle Niederlegung der Arbeit. Bei der Urabstimmung in den Betrieben ergab sich eine starke Mehrheit für den Streik. Bisher sind festgestellt 1700 Stimmen für den Streik und 800 gegen den Streik. Ob damit auch der Streik Tatsache wird, hängt von dem Ergebnis der Verhandlungen durch den Schlichtungsausschuß ab, die noch nicht zu Ende sind.

Metallarbeiterstreik in Düsseldorf.

Der Streik der Metallarbeiter im Düsseldorfer Revier hat auf allen Betrieben begonnen. Wie verlautet, wird von einflußreicher Seite versucht, Unterhandlungen zwecks Erreichung einer Verständigung herbeizuführen. Auch soll der Regierungspräsident beiden Parteien seine Vermittelung angeboten haben.

Streik in der Lausitzer Textilindustrie.

In der Lausitzer Textilindustrie sind die Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Die Arbeitgeber beabsichtigen die Aussperrung sämtlicher Arbeiter.

Entlassungsandrohung gegen die streikenden Angestellten der Reichsregierung.

Der Reichsarbeitsminister hat verfügt, daß alle nicht lebenslänglich Angestellten der Reichsversicherungsanstalt, falls die Arbeit nicht sofort aufgenommen wird, entlassen sind. Die lebenslänglich Angestellten haben ein Disziplinarverfahren zu erwarten. Die Streiktage werden nicht bezahlt.

Italien.

Generalstreik der Eisenbahner in Rom.

Als Protest gegen die blutigen Vorgänge, die in Rom zwischen den Faszisten und den Eisenbahnern aus Anlaß der Faszistentagung stattfanden, hat die Arbeiterkammer in Rom für Freitag den Generalstreik, der um 12 Uhr nachts beginnen sollte, proklamiert. Der Streik mißlang völlig. Vor allem haben nicht alle Eisenbahner die Aufforderung ihrer Kollegen befolgt und die Arbeit niedergelegt. So verkehrten die Züge nach Pisa, Brindisi und Neapel weiter. Alle Beamten der Post und Telegraphie protestierten gegen den Streik und legten die Arbeit nicht nieder.

In verschiedenen Teilen der Stadt kam es zu Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und der Polizei, in denen vier Personen getötet und 11 Personen verwundet wurden. Die Zeitungen erschienen nicht. — In Neapel streiken die Arbeiter aus wirtschaftlichen Gründen weiter.

England.

Bergarbeiterstreik.

1500 Bergleute von Banka sind in den Ausstand getreten, um gegen die geplante Herabsetzung der Löhne zu protestieren.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug nach amtlichen Angaben in der vorigen Woche 111 000 Arbeiter mehr als in der vergangenen Woche.

Politische Tagesneuigkeiten.

Das ungarische Kabinett ist zurückgetreten. Horthy sicherte sich die vorläufige Mitarbeit des bisherigen Kabinetts bis zur Neubildung der Regierung.

Rücktritt des spanischen Kabinetts? Graf von Romanoes hat in der Kammer im Namen der Liberalen die Entsendung eines Ziviloberkommissars nach Marokko zur Feststellung der Verantwortlichkeiten an der Niederlage vom Juli und Abänderung der Konstitution verlangt. Er verlangte außerdem ein Einvernehmen mit Frankreich in allen marokkanischen Fragen. Man spricht von der Demission des Kabinetts.

Der japanische Kronprinz übernimmt die Regentschaft. Aus Tokio wird gemeldet, daß wegen des schlechten Gesundheitszustandes des Mikado der Kronprinz Hirohito die Regentschaft übernommen hat.

Marschall Foch in Washington. Marschall Foch ist in Washington eingetroffen und auf der französischen Botschaft empfangen worden.

Das englische Parlament vertagt. Das Parlament in London hat seine Herbstsitzung beendet. Beide Kammern wurden bis zum 30. Januar vertagt. Das Kabinett Lloyd George erhielt fast einstimmig das Vertrauensvotum und die Vollmacht, die Verhandlungen mit den Sinnfeinern weiter zu führen und zu beendigen.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(56. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Über die leeren Stoppelfelder ging sie jetzt, wo heute der Erntesegen geschnitten worden war. Wie kahl das mit einemmal war, so kahl und leer und öde. Lies Rainer strauchelte. Denn sie war müde, — todmüde.

Da sah sie in der Ferne die Lichter vom Herrenhaus.

Im Park kam ihr Ernst entgegen.

„Wo bist Du nur, Lies? Wir haben Dich alle so gesucht."

Sie sah ihn an aus großen irren Augen.

Dann sagte sie leise, — so, als wüßte sie, daß sie sich zusammennehmen müsse:

„Ich habe nur Kopfweh, Ernst, und gehe ein bißchen auf mein Zimmer, aber dann komme ich auch noch herunter, — ja."

Sie ging an ihm vorbei, — nach oben.

Der Doktor schüttelte den Kopf, — besorgt, — erstaunt.

Nach oben geht Lies Rainer, — still, — still, daß sie niemand stört. In ihr altes Mädchenstübchen mit den rosa Mullgardinen tritt sie leise, leise über die Schwelle. O, daß sie nur nicht wieder strauchelt wie vorhin, — ja nicht, — ja nicht! Denn sie trägt ja etwas Heiliges, Großes! Sie trägt ja das Glück von Knut und Ellen.

An der Wiege ihres Kindes kniet sie nieder. Noch einmal küßt sie seine Stirn, — zum letztenmal.

Aber sie ist stark.

Lies Rainer klagt nicht und weint nicht.

Denn sie will ja ihrer Liebe das größte Opfer bringen, — das hehrste, das je gebracht worden. Lies Rainer küßt ihr Kind noch einmal, — noch einmal.

Sie kann nicht fort von ihm. Am Wiegenrand tastet sie sich hoch und wankt aus der Tür.

„Schlaf süß, mein Bub, mein Kleines, — Mutter geht nun fort, — für immer."

Noch einmal reißt es sie zurück, — noch einmal muß sie ihn küssen, — noch ein einziges Mal.

Dann preßt sie die Hände aufs Herz und geht hinaus, — leise, — leise, — daß Bubi nicht aufwacht, — leise, — leise. —

Am Gartenzimmer geht sie draußen vorbei. Da drinnen ist so helles Licht, — so viele Leute, — so viel Besuch Ernst hat wohl gesagt, daß sie sich schlecht fühlt, da vermißt sie niemand, — niemand.

Unter dem Kronleuchter steht Gisela.

Wie ihr feuerrotes Haar sprüht und leuchtet im flimmernden Lampenlicht. Wie sie lachen da drinnen und laut reden. Sie kann es deutlich bis hier draußen hören.

Am Klavier sitzt Knut, — Ellen geigt daneben. So muß es sein, — so muß es sein! Aus dem Lichtkreis, den die offenen Fenster weit hineinwerfen in den dunklen Garten, tritt sie scheu in den Schatten zurück. Daß nur niemand sie hier sieht, — o Gott, — niemand! Nur eine Sekunde noch will sie hier stehen und Knuts Gesicht sehen, — Knuts Gesicht.

Wie sie jeden Zug darin kennt, — jede Falte, jede Narbe!

Wie zwei große, brennende Flammen hängen ihre Augen verzehrend an seinem Gesicht.

So voll heißer, namenloser Sehnsucht, — o, so voll Sehnsucht. Wer tut ihr das an, daß sie so von ihm gehen muß? So, ohne Abschied, — ohne Lebewohl? Sie taumelt auf und hebt die Arme in tödlicher Qual.

„O Du, — o Du! Ich kann ja nicht von Dir gehen und Dich einer anderen lassen, und wenn es auch meine eigene Schwester ist, — denn Du, — denn Du, — bist ja meiner Seele König, — meiner Seele Gott —"

Da taumelt sie auf. Und reißt sich los.

Denn jetzt treten Menschen auf die Veranda, — lachend, schwatzend. In die Nacht taumelt sie, — irr, — wie ein todwunder Vogel.

O, daß nur niemand sie sucht, — niemand sie findet.

Knut soll ja glücklich sein, — Knut muß glücklich sein!

Wie der Nachtwind rauscht in den Baumkronen! Wie finster es hier ist in der uralten Buchenallee. Aber sie kennt ja den Weg und Steg, schon von Kindheit an.

Und da ist die Steinbank, die alte, treue. Die wird nichts verraten, — gewiß nicht. Wie die Wellen hoch gehen in der See, — wie das brüllt und schäumt! Da ist der Hang und da die Einfriedigung mit der Warnungstafel. Niemand wird Verdacht schöpfen, — niemand.

Denn bei der Dunkelheit kann man leicht straucheln und den Weg verfehlen, — ganz leicht. Da ist dann nachher ein Unglück geschehen, — ein Fehltritt. —

Jetzt ist sie jenseits der Einfriedigung, jenseits der Warnungstafel.

Wie der Sand rieselt unter ihren Schritten, wie die Erdschollen in die Tiefe rollen! Wie die Brandung schäumt in der Tiefe da unten und hoch leckt an den Felssteinen. Lies Rainer faltet die Hände. Ihr Auge sucht den Abendstern, — vorwärts wandern ihre Füße.

„Vergib mir, mein Gott, was ich heute tue. Aber sein Glück will ich bauen, sein Glück muß ich schützen. Zu viel bin ich jetzt auf dieser Erde. Raum muß sein für eine andere, — damit er glücklich wird, damit —"

(Fortsetzung folgt.)

Die Deutschen in Polen.

Die Landesvereinigung des Deutschtumsbundes schreibt: „Die uns von allen Seiten unseres Teilgebietes zugehenden Zuschriften zeigen, daß fast überall bei den Kreis- und Stadtverordnetenwahlen der deutschen Minderheit das Wahlrecht entweder verkümmert oder überhaupt abgeschnitten worden ist. Die deutsche Vereinigung im Sejm hat auf unsere Veranlassung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in welchem sie die Aufhebung dieser Wahlverordnung und die Ansetzung von Neuwahlen fordert. Bei der Einbringung dieses Antrages haben sich nur die Abgeordneten der jüdischen Partei und der polnischen sozialdemokratischen Partei (P. P. S.) bereit erklärt, diesen Antrag zu unterstützen und haben auch ihre Namensunterschrift unter denselben gegeben. Für uns ergibt sich hieraus die Folgerung, daß wir überall da, wo die deutschen Listen gestrichen sind und daher die Stimmabgabe für eine deutsche Liste unmöglich ist, diejenigen Parteien zu unterstützen, welche Verständnis für unsere Lage zeigen und sich auf den Boden der Verfassung stellen. Wir fordern daher alle deutschen Volksgenossen auf, bei den Kreis- und Kommunalwahlen in erster Linie die Liste der polnischen sozialdemokratischen Partei zu unterstützen, wo eine deutsche Liste nicht vorhanden ist. Die Unterstützung einer jüdischen Liste kommt nicht in Frage, da diese Partei im ehemals preußischen Teilgebiet nicht vertreten ist. Sollte eine Liste der P. P. S. in einzelnen Bezirken nicht eingereicht sein, so wäre mit der Arbeiterpartei in Fühlung zu treten, ob diese evtl. bereit ist, die deutschen Interessen zu vertreten, und es ist gegebenenfalls dann diese Liste zu unterstützen. Wir bitten, dafür Sorge zu tragen, daß die deutschen Wähler auch überall da, wo keine deutschen Listen bestehen, ihrer Wahlpflicht genügen, damit sie nicht völlig aus der Arbeit ausgeschaltet werden. In den Bezirken, in welchen nur eine einzige Liste vorhanden ist, die ohne Mitwirkung der deutschen Minderheit entstanden ist, ist Wahlenthaltung zu üben, sofern die Wahlen nicht überhaupt ausfallen."

*

Der Ansiedlerausschuß bei der Landesvereinigung des Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte in Polen fordert die Ansiedler auf, ihre Beschwerden gegen das Vorgehen der Behörden bei den Kreisgeschäftsstellen der Deutschtumsbünde anzubringen. Die Kreisstellen müssen diese Beschwerden eingehend prüfen und dann gesammelt dem Geschäftszimmer der deutschen Abgeordneten im Sejm, Bromberg, Weltzienplatz (Plac Wolnosci) 1 III zur Übermittlung an die deutschen Abgeordneten im Sejm in Warschau zustellen. Zur Vertretung der Interessen der Ansiedler hat der Ansiedlerausschuß beschlossen, einen Beitrag von 10 M. pro Morgen zu erheben, welcher möglichst gesammelt an die Landesvereinigung in Bromberg abzuführen ist (Plac Wolnosci) Konto: Deutsche Volksbank, Bromberg.

Republik Polen.

† **Ponikowski über die deutsch-polnischen Beziehungen.** Ministerpräsident Ponikowski hat einem Berichterstatter des „Matin" seine Ansichten über die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen mitgeteilt. Ponikowski erklärte: „Ich weiß, daß die polnischen Herzen immer für Frankreich schlagen werden, aber man muß leben und der niedrige Markkurs ist ein kräftiges Propagandamittel. In Polen sind zahlreiche Gesellschaften entstanden, die unbestreitbar Beziehungen zu Deutschland haben. Wir können jetzt mit Deutschland in ein reguläres Nachbarverhältnis kommen. Die Wunden, die Deutschland Polen zugefügt hat, werden noch lange schmerzen, aber ich glaube nicht, daß diese Empfindungen einen starken Einfluß auf die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen haben werden, denn ganz Europa hat es sehr nötig, so rasch wie möglich zum Zustand der Vorkriegszeit zurückzugelangen. Politisch war Polen durch seine Allianz mit Frankreich gebunden und wird, soweit es sich um Deutschland handelt, sich der französischen Politik gegen Deutschland anpassen müssen."

† **Die Studienfahrt Danziger Journalisten durch Polen.** Die Vertreter der Danziger Presse, die gegenwärtig eine Studienfahrt durch Polen unternehmen, sind in Warschau eingetroffen, wo sie vom Vorsitzenden des Warschauer Pressesyndikats und Vertretern des Ministerpräsidenten und des Außenministers empfangen wurden. Mittags statteten die Danziger Journalisten dem Staatschef Pilsudski einen Besuch ab, der sie mit einer kurzen Ansprache begrüßte. Nach Empfängen beim Ministerpräsidenten Ponikowski, Außenminister Skirmunt und dem Warschauer Stadtpräsidenten fand abends ein Besuch der Warschauer Oper statt, wo Wolf Ferraris „Schmuck der Madonna" zur Aufführung gelangte.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 19. November.

Posener evangelische Provinzialsynode.

Die 16. ordentliche evangelische Posener Provinzialsynode ist auf Dienstag, 29. November, nachmittags 5 Uhr nach dem Evangelischen Vereinshause in Posen einberufen worden, an der infolge der seit ihrer 15. Tagung eingetretenen politischen Veränderungen und auf Grund der in dieser Hinsicht ergangenen Bestimmungen auch die Abgeordneten des übrigen Abtretungsgebietes teilnehmen. An dem genannten Tage abends 8 Uhr findet in der hiesigen Kreuzkirche ein feierlicher Eröffnungsgottesdienst statt. Die Provinzialsynode wird bis Sonnabend, 3. Dezember, dauern. Präses der Provinzialsynode ist der Generallandschaftsdirektor a. D., Rittergutsbesitzer von Klitzing-Dziembowo.

Landschaftswahl in Inowroclaw.

Als Delegation zur Generalversammlung der Landschaft sind aus dem Bezirk Inowroclaw, der die Kreise Inowroclaw, Strelno und Mogilno umfaßt, gewählt worden: Adolf Graf Poninski-Koscielec, Wojciech Paczkowski-Batkowo, Władysław Petkowski-Kuśnierz, Andrzej Dobrzyński-Dolny Słowik, Stefan Szumlomski-Kaino und Jan Przygyiski-Chabsk. Die Wahlbeteiligung war sehr mäßig.

\# **Ermäßigung des Gaspreises in .... Lissa.** Die städtischen Licht-, Kraft- und Wasserwerke in Lissa geben bekannt: „Mit Rücksicht auf die Verbilligung der Kohle wird der Preis für Gas um 10 Mark pro Kubikmeter billiger. Dasselbe kostet ab 1. November 60 Mark." — Also in Lissa ist man mit Rücksicht auf die Verbilligung der Kohle in der Lage, den Gaspreis für das Kubikmeter um 10 M. herabzusetzen; in der Großstadt Posen hat man es für angemessen erachtet, den Preis um 11 M. für das Kubikmeter zu erhöhen. „Erkläret mir, Graf Oerindur ...."

\# **Ein Orgelkonzert** gibt am Donnerstag, den 15. Dezember im großen Konzertsaal der Universität Herr Professor Mieczysław Surzyński, ein in polnischen Kreisen bekannter Orgelspieler und Komponist, der sich auch durch ein Werk über den Kontrapunkt einen Namen gemacht hat.

\# **Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge.** Am Montag, den 21. November beginnt nunmehr endgültig der Sprechkursus von Frau Starke. Der Beginn ist bereits für die vorige Woche festgesetzt gewesen, unvorhergesehener Umstände halber konnte jedoch der Beginn nicht eingehalten werden und eine Benachrichtigung der Presse konnte nicht mehr erfolgen. Der Kursus beginnt um 7 Uhr. An demselben Tage um 8 Uhr beginnt der neu bekanntgegebene Sprachkursus für Englisch, abgehalten durch dem akademisch geprüften und seminaristisch geschulten Sprachlehrer Herrn Greif.

\# **Musikalische Volksunterhaltung.** Die Reihe der musikalischen Volksunterhaltungsabende, die im vorigen Jahre allgemeinen Beifall gefunden haben, wird in diesem Jahre durch einen volkstümlichen Liederabend von Fräulein Henny Fuchs beginnen. Das Konzert wird am Sonntag, den 27., abds. 8 Uhr im Evgl. Vereinshause stattfinden. Das mit großer Sorgfältigkeit aufgestellte Programm dürfte musikalische Gediegenheit und Volkstümlichkeit in glücklicher Weise verknüpfen. Mit Rücksicht auf die hohen Unkosten können die Preise freilich nicht niedriger bemessen werden, als mit 60, 80 und 120 M. Schüler und Schülerinnen zahlen jedoch auf allen Plätzen die Hälfte. Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind im Vorverkauf in der Evgl. Buchhandlung zu haben.

\# **Deutsche Opernaufführung.** Wie bereits mitgeteilt wurde wird Lortzings „Waffenschmied" am Dienstag, dem 22. d. Mts., wiederholt. Die sorgfältige Einstudierung der volkstümlichen, melodienreichen Oper und ihre geschickte Ausstattung, die trotz der äußeren Schwierigkeiten auch dem Auge etwas bietet, machen einen Besuch dieser Aufführung durchaus empfehlenswert. Eintrittskarten sind in der Evang. Vereinsbuchhandlung zu haben.

X **Wie man „schwere Jungen" fängt.** Unserer Kriminalpolizei ist wieder die Festnahme zweier aus Posen stammenden Kirchenräuber, des 26jährigen Schlossers Alfred Chromik und des 20jährigen Schlossers Michael Ratajczak geglückt, und das ging so zu:

Am 15. d. Mts. wurde ein Kriminalbeamter in der ul. św. Marcina (fr. St. Martinstr.) von einem Vorübergehenden auf Chromik als einen Mann aufmerksam gemacht, der gestohlene Sachen verschiebt. Der Beamte näherte sich dem verdächtigen Manne und fragte ihn geheimnisvoll, ob er nicht etwas zu verkaufen hätte. Chromik stutzte zunächst, fragte dann aber, ob er denn auch Geld habe und wieviel. Der Beamte erwiderte, er habe eine Viertelmillion M. zur Verfügung. Nun wurde Chromik zutraulicher, wollte aber zuerst das Geld sehen. Der Beamte bat ihn, da er den Handel unmöglich auf der Straße abschließen könne, mit ihm nach Wilda zu gehen, wo man in einem Hause das Geschäft machen könne. Chromik ging darauf ein, er wurde jedoch stutzig, als beide in der Nähe des 6. Polizeireviers in der ul. Franziszka Ratajczaka 38 (fr. Ritterstr.) kamen und der Beamte Miene machte, in dieses Haus, selbstredend mit Chromik hineinzugehen. Nun zeigte der Beamte seine Erkennungsmarke vor, und notgedrungen mußte Chromik ihm in das Polizeibureau folgen. Bei der Leibesuntersuchung förderte man den massiv-silbernen, schwer vergoldeten Fuß eines Meßkelchs zu Tage. Chromik gab zu, daß er den Kelch und noch einen zweiten zusammen mit Ratajczak am 10. d. Mts. aus der katholischen Kirche in Mondre, Kr. Schroda, gestohlen habe. Ratajczak wurde dann ebenfalls verhaftet. In seinem Besitz fanden sich der obere Teil des ersten Kelches und der zweite vollständig in kleine Stücke zerschlagen vor. Bei beiden Einbrechern handelt es sich um zwei „schwere Jungen". Dafür zeugt auch die Tatsache, daß Chromik seinen Genossen dazu überreden wollte, den Wärter des Polizeigefängnisses, in das sie gebracht worden waren, niederzuschlagen und dann zu flüchten. Auf Ratajczaks Widerspruch hin unterblieb dann die Ausführung dieses Planes.

X **Einbruchsdiebstahl.** Bei einem Einbruchsdiebstahl in eine Wohnung des Hauses ul. Skarbowa 21 (fr. Luisenstr.) wurden verschiedene Herrenkleidungsstücke, darunter ein Frackanzug, im Gesamtwerte von 300 000 M. gestohlen.

* **Kruschwitz**, 17. November. Das Fest der diamantenen Hochzeit beging am 11. d. Mts. das Stefan Specksche Ehepaar. Der Jubelbräutigam zählt 85, die Braut 84 Jahre. Beide erfreuen sich verhältnismäßig der besten Gesundheit und Rüstigkeit.

* **Görchen**, 18. November. Bei den Stadtverordnetenwahlen, die am vorigen Sonntag stattfanden, gingen hervor fünf Vertreter von der bürgerlichen Liste, drei Vertreter von der Arbeiterpartei und ein Vertreter der deutschen Liste.

Aus dem Gerichtssaal.

□ **Posen**, 19. November. Wegen Landfriedensbruchs (§ 125 des Strafgesetzbuchs) hatten sich gestern vor der 2. Strafkammer 27 Angeklagte aus dem Kreise Schroda zu verantworten. Es handelte sich um die späte Sühne für Vergehen, wie sie gelegentlich des Landarbeiterstreiks am 15. und 16. April 1920 vorgekommen waren, d. h. Zusammenrottungen, tätlichen Angriff auf Arbeitgeber und Beamte. Am meisten belastet war der inzwischen zum Schutzmann in Kostschin avancierte, ehemalige Landarbeiter Kasimir Nowicki, der außerdem auf dem Gute Chlupowo einen landwirtschaftlichen Beamten überfallen und um einen kleinen Geldbetrag (12 Mark) beraubt hatte. Er erhielt die Höchststrafe von einem Jahre Gefängnis; die übrigen 26 Angeklagten wurden zu je 6—12 Monaten Gefängnis verurteilt. Den Angeklagten waren mildernde Umstände mit der Begründung bewilligt worden, daß sie sämtlich noch nicht vorbestraft, meist Familienväter kinderreicher Familien und von Agitatoren verführt sind. Die Drahtzieher, die eigentlich mit auf die Anklagebank gehörten, seien leider nicht zu fassen gewesen. Den Verurteilten kommt der Amnestieerlaß vom 17. März d. Js. zugute, und zwar werden die Gefängnisstrafen von einem halben Jahre ganz, die höheren um die Hälfte erlassen.

Briefkasten der Schriftleitung.

J. N. in B. Der einfachste und billigste Weg von hier nach Kassel ist nicht der über Berlin, sondern der über Bentschen—Guben—Kottbus—Halle. Über die Anschlußmöglichkeiten können wir Ihnen jedoch, da uns ein deutscher Eisenbahnfahrplan nicht zur Verfügung steht, keine Auskunft geben.

W. L. in W. 1. Das Grundstück ist liquidierbar. 2. Das wissen wir nicht.

W. N. in Str. 1. Nein. 2. Unseres Wissens ja.

P. F. in L. Da Ihr Grundstück unter Zwangsverwaltung steht, haben Sie das Recht zum Verkauf der Schonung nicht. Der Wert muß Ihnen natürlich bei der Liquidation ersetzt werden.

Börsenwochenbericht

der Danziger Privat-Aktien-Bank, Filiale Posen.

Die Tendenz des Polenmarkkurses war in der Berichtswoche fest zu nennen. Namentlich zog der Kurs zum Wochenschluß stark an. Die letzte Berliner Notiz für Polennoten war 8,375, so daß zwischen den Kursen zum Wochenbeginn und Wochenschluß eine Spannung von zwei deutschen Mark zu verzeichnen ist. Leider kann man noch nicht ein größeres Flüssigwerden von Bargeld feststellen, was doch beim Steigen der Valuta zu erwarten wäre. Da jedoch die Preise in der Mehrzahl noch keine Verminderung erfahren haben, oder doch nur in geringem Maße, zum Teil noch erhöht worden sind, wird man wohl auf das Aufhören der Geldknappheit noch eine geraume Zeit warten können.

Die deutsche Mark, die sich zum Wochenbeginn etwas erholt hatte, hat diese Erholung nicht behaupten können. Die letzten Kurse für Dollar, Gulden, Pfund und Francs sind: 268,75, 9350, 1071, 1875. Das Scheitern der Kreditaktion der Industrie dürfte wohl den Hauptgrund für das Sinken der deutschen Mark darstellen. Über die Verhandlungen der Reparationskommission ist Genaues noch nicht bekannt.

Die Posener Effektenbörse verharrte infolge des Steigens der polnischen Mark und der anhaltenden Geldknappheit in ihrer überaus lustlosen Stimmung, die es in den meisten Fällen unmöglich machte, größere Verkaufsaufträge auszuführen. Wir haben an dieser Stelle schon mehrmals darauf hingewiesen, daß bei ausgesprochen starker Tendenz, ob nach oben oder unten, ist gleich, die Posener Börse es infolge des geringen Interessentenkreises nicht gestattet, größere Aufträge auszuführen. So kommt es zu dem für die Börse überaus trüben Ergebnis, daß von zirka 70 an der Börse gehandelten Papieren gestern nur 17 notiert wurden. In den meisten Fällen, in denen eine Notiz zu Stande kam, konnte jedoch auch nur ein Teil der Aufträge ausgeführt werden, und auch nur bei zum Teil beträchtlichen Kursrückgängen.

Auf dem Bankaktienmarkt notierten Bank Związku-Aktien unverändert 220, während Bank Handlowy-Aktien von 360 auf 335 Prozent nachgaben. Kwilecki Potocki-Aktien gingen ebenfalls auf 220 Prozent zurück. Von offiziell gehandelten Industriepapieren behaupteten Barcikowski-Aktien ihren Kurs von 190 Proz. für die alten, 165 Prozent für die jungen Aktien. Cegielski-Aktien, die mit 230 Prozent einsetzten, konnten nach kurzem Rückgange auf 210 ihren Kurs von 230 Prozent wieder erreichen. Centrala Skór-Aktien zogen von 350 auf 365 Prozent an. Centrala Rolników-Aktien gaben von 200 auf 175 Prozent nach. C. Hartwig-Aktien IV. Em. notierten einmalig 360 Prozent. Hurtownia Związkowa-Aktien wurden mit 135 Prozent angeboten. Hurtownia Drogeryjna-Aktien gingen von 150 auf 135 Prozent zurück. Luban-Aktien erhöhten ihren Kurs von 560 auf 580 Prozent. Dr. Roman May I.—III. Em. behaupteten ihren Kurs von 465 Prozent, während IV. Em. von 450 auf 460 Prozent anzog. Patria Zigaretten-Aktien wurden mit 350 Prozent umgesetzt. Spółka Drzewna-Aktien setzten mit 1300 ein, gingen auf 1200 zurück und zogen wieder auf 1275 Prozent an. Wytwornia Chemiczna-Aktien notierten 200 Prozent.

Von nicht offiziell notierten Papieren waren Bank Poznański-Aktien bei 130 Prozent gesucht, Bank Przemysłowców-Aktien zogen von 205 auf 210 Prozent an. Wisła-Aktien notierten 775 Prozent. Herzfeld u. Victorius-Aktien gaben von 460 auf 410 Prozent nach, zogen jedoch auf 425 Prozent an. Wagon Ostrowo-Aktien wurden mit 160 Prozent umgesetzt. Bentzki-Maschinen-Aktien mußten sich, nachdem sie einige Tage ohne Notiz geblieben waren, einen Kursrückgang auf 490 Prozent gefallen lassen, zogen jedoch wieder auf 510 Prozent an. Orient Zigaretten-Aktien wurden bei 200 Prozent angeboten. Sarmatia-Aktien gaben 350 auf 340 Prozent nach. Hartwig Kantorowicz-Aktien wurden bei 580 Prozent gesucht, Papiernia Bydgoszcz notierten einmalig 230 Prozent.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	19. November	18. November
4% Pos. Pfandbr. (neu) m. poln. St.	—,—	—,—
Bank Związku I—IX em. (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Handlowy. Poznań I—VIII	—,—	335 + A
Hurtownia Drog.	—,—	135 + A
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska. I—VI	220 +	—,—
Bank Ziemian I—III	220 +	—,—
Bank Ziemski	—,—	—,—
R. Barcikowski I—IV em.	200 + N	—,—
R. Barcikowski V em.	—,—	—,—
Centrala Skór I—III (exkl. Kup.)	—,—	365 + N
Lubań	580 + N	580 + A
Dr. Roman May I—III	—,—	465 + N
" " " IV	460 + A	—,—
Patria	—,—	—,
Pozn. Spółka Drzewna	1275 +	1275 + A
C. Hartwig I—III em.	—,—	—,—
C. Hartwig IV em.	—,—	—,—
Cegielski I—VII em.	—,—	230 +
Hurtownia Związkowa	135 +	135 + A
Wytwornia Chemiczna	200 + A	200 + N
Centrala Rolników	220 + N	—,—
Włókno	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
3½% Posener Stadtanleihe	—,—	—,—
Bank Poznański	135—130 +	—,—
Bank Przemysłowców	210 + N	210 + N
Polski Bank Komisowy	—,—	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	—,—	230 + N
Wisła	—,—	—,—
Hartwig Kantorowicz	600 + N	580 + N
Wagon Ostrowo	160 + A	155—160 + A
Herzfeld Viktorius	—,—	410—425 + A
Bentzki	—,—	—,—
Wielk. Huta Miedzi	245—250 + N	250 + N
Hurtownia Spółek Spożywcz.	190 +	—,—
Pneumatik	—,—	135 + N

= **Danziger Börse vom 19. November.** Polnische Mark 8,50, Dollar 276, Franken 1950.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

OBERSCHLESISCHE KOHLEN und KOKS
Bestellungen auf jede Menge zur Lieferung im Januar nehmen wir nur bis 28. November entgegen.

17–20% AZOT-KALK sowie **SALZ- u. SCHWEFELSÄURE**
liefern wir sofort in Zugladungen.

Międzynarodowe Towarzystwo Handlowe i Przemysłowe.
Filiale: Poznań, plac Wolności 10. Telephon 56-46. Telegr.-Adr.: Poltrust. —:— Zentrale: Kattowitz (Oberschlesien).

Statt Karten
Die glückliche Geburt unseres zweiten Sohnes zeigen an [3927
H. Hildebrandt und Frau
Ilse, geb. Eckert
Sliwno, den 17. November 1921

Statt Karten
Wanda Falkenberg
Paul Kühn
Verlobte [3926
Berlin-Oberschöneweide Swarzędz (Poznań)
den 13. November 1921

Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte.
Abteilung Frauenbund.
Dienstag, den 22. November 1921, nachm. ½5 Uhr
Wały Leszczyńskiego 2, Zimmer 3.
Besprechung der Pensionsinhaber (zur Festsetzung des Pensionspreises für Dezember, des Heiz- und Beleuchtungsgeldes). (2164/21

Einladung
zur außerordentlichen Generalversammlung, welche am **Mittwoch dem 30. November d. Js.**, um 11 Uhr vormittags, in der Wielkopolska Izba Rolnicza, Poznań, Mickiewicza Nr. 33 stattfindet.

Tagesordnung:

1. **Statutenänderungen** im Sinne des Gesetzes vom 29. Oktober 1920: namentlich:
   a) **Änderungen** der §§ 2, 3, 4, 7, 16, 27, 28, 36, 38 und 42.
   b) **Änderung** des § 9 (Erhöhung der Anteile auf 1500 Mark von 1000 Liter, als auch der Haftpflicht zur zehnfachen Höhe der Anteile).
2. **Lage des Spiritusgewerbes** infolge der Einführung des freien Handels mit Spiritus.

Poznańska Spółka Okowiciana
(Spiritus Verwertungs-Genossenschaft)
Spółdzielnia zapisana z ograniczoną odpowiedzialnością
w POZNANIU, Wjazdowa nr. 11
v. Zychliński. v. Treskow. v. Chłapowski.

Allen lieben Freunden und Bekannten, welche mich bei meinem Brandunglück unerwartet in so lieber und hilfreicher Weise unterstützt haben, den Herren Militz-Popowo, Scheffler-Oporowo, Schulz-Sycyn, Stieler, Farchheim, Storch Steinke Preuß, Buszkiewicz, Pekia und Meirich-Przyborowo und Beckmann-Brodziszewo sage ich hiermit öffentlich meinen **herzlichsten Dank.**
3924] **Otto Helmchen, Piotrkówko.**

Dr. Glatzer, Rechtsanwalt
jetzt Poznań [3919
plac Wolności 14 a. Telephon 2300.

Zahn-Atelier
W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)
plac Wolności 5. [2059 b

Posener Tiefbrunnen-Baugesch. und Pumpenfabrik, Poznań,
Traugutta 6, Tel. 1568, liefert erstklassige Arbeiten.

Gesang-Gottesdienst.
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr.
Friedenskapelle, ul. Przemysłowa 12.
Ausgeführt vom christl. Männerchor Lodz.
Eintritt frei! Jeder willkommen!

Denkt Ihr unsrer noch in Treue,
Wie Ihr's tatet manches Jahr,
So beweist es uns aufs neue,
Reicht uns Weihnachtsgaben dar!
Für Weihnachtsfreude
Dem Krüppelleide
Dankt dann froh die Kinderschar
im **Diakonissenhaus Ariel, Kinder-Krüppelpflege und Erziehungsanstalt in Kijaskowo, powiat Wurzński.** [3928

Aufruf.
Wir suchen in der Provinz Posen und in Pommerellen für unsere **ernsten Reflektanten** aus Galizien u. angekommene **Amerikaner**
Ankauf
von **landwirtschaftl. Gütern, Rittergütern, Mühlen u. and. industriellen Objekten,** wie **Lokomobilen u. Motore usw.**
Speziell reflektieren wir auf **landw. Güter** im Werte von
3—300 Millionen Mark.
Die verehrten Herren Besitzer ersuchen wir um schnellste Zusendung von Offerten unter Berücksichtigung genauester Aufstellung, Beschreibung und äußerster Preisangabe. [Par 503
Landwirtschaftliches Industrie-Bureau **„Agricola"**
in **Lemberg-Galizien (Lwów-Małopolska),** ul. Sapiehy 57.

Anfertigung von
Polstermöbel u. Dekorationen
ADOLF SCHMIDT, Tapeziermeister
Wrocławska (Breslauerstr.) 19.

Linonformen und Knöpfe
Linon - Marly - Hutdraht
Nur engros **30% billiger.**
Hutfabrik
Leon Szczawiński,
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 25.

Sehr gute Existenz.
Eine im oberschlesischen abzutretend. Gebiet gelegene **Gärtnerei** in Stadt von ca. 15000 Einwohnern ist an zahlungsfähigen Käufer abzugeben Uebernahme sofort oder später. Offerten an Annonc.-Expedition **Rudolf Mosse, Breslau** unter **B. G. 6603** erbeten. [MB 3923

Tauschobjekt. Gutgehende Möbelhandlg. m. Tischlerei, alteingeführtes Geschäft in Kreis- und Garnisonstadt, gegen ein solches in Deutschland zu tauschen gesucht. Angebote und diesbezügliche Anfragen unter **B. H. 2585** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

---

1 3m Siederslebener Drlilmaschine
1 3m Hackmaschine
1 Viehwage
1 2-Pferd-Göpel
1 2-Pferd-Dreschkasten
20 St. gusseiserne Stallfenster
versch. Grössen, stehen preiswert zum Verkauf. Sämtliche Geräte sind gebraucht, aber gut erhalten.
MAKKUS, Rabowice
(Post Swarzędz).

Kaufe laufend jeden Posten
Altpapier u. Papierabfälle
zu Tagespreisen.
J. Kasprzak, Poznań, św. Marcin 34, Teleph. 56-07.
Vertreter angesehener Fabrik in Großpolen.

Möbliertes **Zimmer**
von sofort vom Apotheker gesucht. Offerten unter **G 1284** an **Wielkopolska Agencja Reklamy Poznan Gwarna 19.**

Ankäufe u. Verkäufe

Wer verkauft od. vermietet
Einfamilien-Villa
in **Puszczykowo (Unterberg).** Gefl. Ang. an Oberförster **Rolle, Poznań, Izba Rolnicza.** 3859

Felle:
Ziegen
Hasen
Kalb (3908
Schaf
Fuchs
Iltis
Marder
kauft zu Höchstpreisen
Ankaufszentrale
św. Marcin 34 Kallmannsohn.

Zu kaufen gesucht:
Drehbank,
3 Meter Drehlänge,
Fräsmaschine und Kaltsäge, Hobelmaschine
(Szaping) 500 Hub.
Off. m. Preisang. u. **24171** an Annoncenbüro **„Par"**, **Poznań, ul. Fr. Ratajczaka 8.**

Buchdruckerei
in kleiner Provinzstadt, eine Schnellpresse, eine Bostonpresse (Handbetrieb), reiches Schriftmaterial, deutscher Zeitungsverlag u. gut. Ladengeschäft, eigenes Grundstück mit Garten zu verkaufen. Anfragen von Barkäufern u. **3900** an d. Geschft. d. Bl. erb.

---

2 große Pelze
mit grauem Bezug f. Landwirte
1 weißes Kinderbettstell, Eisengitter mit Matratze, zu verkaufen. (3920
Otto Mix, Poznań, Fahrradhandlung, ulica Kantaka 8a.

Spielplan des „TEATR WIELKI" m. Poznania

Sonnabend, den 19. 11. um 7½ Uhr: **„Tiefland"**, Oper von E. d'Alberto.
Sonntag, der 20. 11. um 3 Uhr nachm.: **„La Traviata"**. (Preisermäßigung.)
Sonntag, den 20. 11. um 7½ Uhr: **„Maskenball"**, Oper von J. Verdi.
Billettvorverkauf bei **Szrejbrowski,** Pawla 1.

KINO APOLLO
Anfang der Vorstellungen pünktlich um
4, 6 und 8 Uhr.
Billett-Vorverkauf täglich von 12–1 Uhr.

Wer sein **Grundstück oder Landwirtschaft** günstig, schnell u. gut verkaufen will, wende sich an **Fr. Kempa, Leszno, ulica Lipowa 13, Tel. 149. Erstes Handels- u. Vermittelungs-Bureau am Platze.** (3884
Erledigt alle betr. Handelsangelegenheiten prompt u. reell.

Günstige Tauschgelegenheit für Polen.
Tausche meine 95 Morgen große Bauernwirtschaft, guter Boden, davon 30 Morgen gute Netzewiesen, mit gleichw. Objekt im deutschen Gebiete ein. Leb. und tot. Invent. kompl. in großem polnischen Dorfe a. d. Chaussee gelegen, 15 Minuten Bahnst. Gefl. Angebote unter **F. H. G. 3922** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.



Dienstag, 22. Nov., abds 8 Uhr, im Saal des Zool. Gartens:
Der Waffenschmied
Komische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing.
Eintrittskarten zu 400, 300, 200 u. 100 Mark einschl. Steuer, in der Evgl. Vereinsbuchhandlung (ul. Wjazdowa.)

Achtung Uhrmacher!
Erste schlesische Großhandlung in allen Arten Uhren Uhrenbestandteilen, Werkzeugen für Uhrmacher und Juweliere nur bei **Josef Labin, Bielitz (Poln. Schles.)** (3358

Ein wertvolles **Buch** ist das schönste **Weihnachts-Geschenk.**
Rehfeld'sche Buchhdlg.
(Curt Boettger),
ulica Kantaka (früher Bismarckstraße) Nr. 5.

Heirat! Vermög. Damen w. glückl. Heirat! Herren, auch ohne Vermög., gibt Auskunft Frau PUHLMANN, BERLIN 58, Weissenburg. Str. 43.

Zahn-Praxis
Oskar Schmidtke,
Aleje Marcinkowskiego 16, Ecke św. Marcin. [2 70b

Gebildeter Landwirt, 26 Jahre alt, evang., von gutem Ruf, forsche Erscheinung und in guter Position, sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft einer Dame mit lovaler Weltanschauung zwecks **Heirat** kennen zu lernen. Offerte, möglichst mit Bild, unter **G. 100** an **Rudolf Mosse, Poznań,** Wroniecka 12. Diskretion zugesichert u. erwünscht.

Kleineisenzeug
f. Feldbahn u. Normalgleise sowie **Laschen, Laschenschrauben, Schienennägel, Tirifonds, Klemmplatten, Universalbolzen,** ferner: **Lagermetall, Lager, Holzschwellen** für Schmal- u. Normalspur prompt v. Vorrat frei w. liefert. **Smoschewer i Ska. T. z o. p.,** Bydgoszcz.

Dunkelblaues Winter-Mantelkleid zu verkaufen. Ul. Głogowska 104 I r. bei **Beckmann.**

Trauringe und einige Uhren in Gold billig zu verkaufen. Chwilkowski, św. Marcin 40, nahe am Schloß. (3745

Fensterglas
in allen Sorten,
Glaserkitt, Glaserdiamanten, Bilderleisten
liefert **C. Zippert, Gniezno.**

Obstbäume, Fruchtsträuch., **Alleebäume, Rosen Spargel- Erdbeer- Heckenpflanzen usw.** liefert lt. Sorten- u. Preisverzeichn.
Aug. Hoffmann, Baumschulen, Gniezno.

Leben im Tode.

Der Totensonntag ist ein Tag pietätvoller Erinnerung. Wir nehmen an ihm Abschied von dem alten Kirchenjahr; aber ehe wir aus ihm herausziehen, gehen wir noch einmal zu den Gräbern, die wir in ihm haben graben müssen, und zu manchem anderen lieben Grabe. So haben in dieser Zeit Tausende unserer Gemeindeglieder gehandelt. Sie mußten ihr Bündel schnüren, um Haus und Hof, Heim und Herd, Heimat und Vaterland zu verlassen — da gingen sie noch einmal auf den Kirchhof zu ihren Gräbern. Da liegen die Eltern, vielleicht schon die Großeltern, da liegen ihre Geschwister und die Kindlein, die sie weinend zu Grabe trugen. Und nun denken sie heute hierher. Sonst gingen sie am Totensonntag die Gräber ihrer Lieben schmücken — wer wird es jetzt und künftig tun? Sonst war es ein wenig Trost, sich am frischen Grabe einmal ausweinen zu können — jetzt ist ihnen das versagt. Wer von ihnen wird jemals seine Gräber hier in der Fremde wieder sehen? — Und wir, die wir im Lande blieben — wir gehen heute an unsere Gräber — hier wenigstens haben wir ein Stückchen Erde, mit dem wir unauflöslich verwachsen sind!

Aber wir suchen unsere Heimgegangenen nicht im Grabe. So verständlich es ist, daß die Liebe sich klammert an die Stätte, da der Leib zur Ruhe gebettet ist, so anerkennenswert jede Gräberpflege und so pietätlos die Vernachlässigung der Kirchhöfe ist, wie sie sich hin und her auch findet, die Hauptsache ist nicht, daß wir den Staub der Erde schmücken. Christenglaube sieht über Grab und Tod hinaus in die jenseitige Welt. „Deine Toten werden leben!" „Wer an mich glaubt," spricht Jesus, „der wird leben, ob er gleich stürbe." Sind wir von unseren Lieben getrennt durch den Tod, sind wir von unseren Gräbern getrennt durch meilenweite Fernen, vielleicht durch Landesgrenzen, wissen wir nicht, wo die, die der Krieg uns entrissen, ihre letzte Ruhe fanden — es gibt keine Trennung für solche, die in dem lebendigen Herrn und Heiland Jesus Christus ihr eigenes Leben haben. Vor Gottes Angesicht, in Ihm sind ewig vereint, die hier in der Zeit in Ihm eins waren.

Wir denken an unser eigenes letztes Stündlein; wir lassen auch die Unseren einmal allein. Sorgen wir, daß wir mit ihnen eins seien im Glauben und in der Hoffnung Dann gibt es keine Trennung. Leben wir, so leben wir dem Herrn, sterben wir, so sterben wir dem Herrn. Darum, wir leben oder sterben, so sind wir des Herrn. **D. Blau-Posen.**

Sejm.

Sitzung vom 18. November.

Warschau. 19. November.

Abg. Grzędzielski berichtet über die Frage der Auslieferung des Abg. Okoń.

Der Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen über die Frage der Fürsorge für die polnische Bibliothek in Paris wird mit der Annahme einer Entschließung gelöst welche lautet: Der Verfassunggebende Sejm bestimmt für Herrn Władysław Mickiewicz ein lebenslängliches Ehrengehalt in Höhe von 1 500 Frank monatlich und fordert die Regierung zur sofortigen Durchführung dieses Beschlusses auf.

Abg. Zygmunt Seyda berichtet über die Frage der Auslieferung des Abg. Dąbal. Dem Geschäftsordnungsausschuß sind drei Anträge bezüglich der Auslieferung des Abg. Dąbal zugegangen. Der erste — von der Warschauer Staatsanwaltschaft — stützt sich auf die Reden des Abg. Dąbal in Warschau, der zweite — von dem Bezirksgericht in Rzeszów — bezieht sich auf die Reden Dąbals in Tarnobrzeg; die Veranlassung des dritten bildet ein in Warschau erlassener Aufruf. Im ersten Fall hat der Ausschuß die Auslieferung Dąbals beschlossen, in beiden andern Fällen soll die Auslieferung verweigert werden. Da schon Fälle vorgekommen sind, in denen trotz eines Sejmbeschlusses, der die Auslieferung eines Abgeordneten ablehnte, der betreffende Abgeordnete doch verhaftet wurde, hat der Oberste Gerichtshof bestimmt, daß dieses Recht ihm allein zustände. Der Geschäftsordnungsausschuß schlägt dem Hause vor: „Diese Antwort des Obersten Gerichtshofes wird nicht entgegengenommen."

Das Haus beschließt die Auslieferung Dąbals im ersten Fall und die Überweisung der Äußerung des Obersten Gerichtshofes an den Rechtsausschuß und an den Verfassungsausschuß.

Abg. Zygmunt Seyda spricht im Namen des Rechtsausschusses über die Fideikommisse im ehemaligen preußischen Teilgebiet. Das Haus bewies Annahme des vorgelegten Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung.

Abg. Włodek legt den Entwurf eines Gesetzes über Änderung des Art. 1178 des Sanitätsgesetzes vor. Der Entwurf wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Dringlichkeit eines Antrags des Abg. Bigoński über Durchführung des Invalidengesetzes wird angenommen. Abg. Bobrowski schlägt dazu folgende Anträge vor: 1. Der Sejm stellt fest, daß das Invalidengesetz nicht durchgeführt wurde, weil es nicht gelang, die Ansichten der verschiedenen Parteien in Übereinstimmung miteinander zu bringen. 2. Der Sejm fordert die Regierung zur Durchführung des Invalidengesetzes vor Ablauf von 14 Tagen auf. 3. Der Sejm fordert die Regierung auf, eine objektive Untersuchung der Vorgänge am 9. November zu veranlassen und dem Sejm das Ergebnis der Untersuchung vor Ablauf von 14 Tagen vorzulegen.

Die Anträge des Ausschusses wurden angenommen.

Nächste Sitzung am Dienstag um 4 Uhr nachmittags.

Finanzproblem.

Warschau, 19. November. Der Finanz- und Haushaltsausschuß des Sejms sowie der Verfassungsausschuß beschäftigten sich in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Art. 8 des Gesetzentwurfes über die Mittel zur Besserung der Finanzwirtschaft.

Der Berichterstatter, Abg. Loewenstein, berief sich auf das Gutachten der Professoren der Krakauer Universität Jaworski, Rostworowski und Kumaniecki und schlug Annahme des Art. 8 in der Formulierung des Abg. Adam vor: „Der Sejm wird Ausgaben nur nach Vorschlag durch die Regierung beschließen."

Abg. Rataj ist der Ansicht, daß diese Formulierung des Artikels der Verfassung widerspricht. Er spricht sich gegen diese Formulierung aus, ist aber einverstanden mit einer erweiterten Auslegung des Art. 10 der Verfassung hinsichtlich der Ausfindigmachung von Quellen zur Deckung der beschlossenen Ausgaben.

Abg. Diamand erklärt sich durchaus als Gegner der Annahme eines derartigen Artikels, der in solchem Widerspruch zu der Verfassung steht. Er schlägt vor, die Parteien sollen eine Erklärung abgeben, daß sie ohne Einverständnis des Finanzministers keine Ausgaben betreiben werden.

Die Abgg. Adam und Głąbiński äußern ebenfalls ihre Bedenken gegenüber der vorgeschlagenen Formulierung des Artikels.

Die Abgg. Dubanowicz, Woźnicki, Chądzyński und Wojdaliński sprechen sich in ähnlichem Sinne aus.

Der Berichterstatter, Abg Loewenstein, erklärt sich mit der Zurückziehung des Entwurfes des Art. 8 einverstanden.

Finanzminister Michalski erklärt: Nach seiner Ansicht sei es im Interesse einer schnelleren und erfolgreicheren Besserung der Finanzen unbedingt notwendig, daß die Vollmachten des Finanzministers erweitert werden. Er beruft sich in dieser Hinsicht auf die Vollmachten, die das tschechoslowakische Parlament dem Minister Rasin gegeben hat. Der Sejm müsse seinen Wünschen Folge leisten. Der Minister beabsichtige nicht einen Bruch der Verfassung, sei aber überzeugt, daß die vereinigten Ausschüsse Wege und Mittel finden werden, um seinen Wünschen zu entsprechen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird ein Unterausschuß gewählt, der die Ansichten der Ausschußmitglieder mit den Anschauungen des Finanzministers in Übereinstimmung zu bringen versuchen und einen entsprechenden Antrag vorlegen soll. In den Unterausschuß werden gewählt die Abgg. Diamand, Dubanowicz, Głąbiński, Loewenstein und Rataj.

Entlassung von Beamten.

Warschau, 19. November. Auf Veranlassung des Finanzministers Michalski sollen zum Zwecke der Ersparung 100 Beamte des Auslandsministeriums, wo gegenwärtig etwa 500 Beamte beschäftigt werden, entlassen werden. Diese Maßnahme bedeutet eine Ersparnis von ungefähr 50 Millionen.

Auflösung der Warschauer Stadtverordnetenversammlung.

Warschau, 19. November. Der Ministerrat beschloß die Auflösung der Warschauer Stadtverordnetenversammlung.

Aus der polnischen Presse.

Die Wilnaer Frage und die polnische Verfassung.

Über dieses Thema schreibt der „Kurjer Poznański" in seiner 262. Nummer: „Von kompetenter Seite erhalten wir folgenden Artikel: Der gegenwärtige Konflikt zwischen dem Staatspräsidenten und dem Sejm hat eine langverhüllte Karte aufgedeckt. Dieser Konflikt hat recht klar die unnormalen Verhältnisse unserer höchsten Staatsbehörden vom Standpunkt des Verfassungsrechtes beleuchtet. Wenn auch die polnische Verfassung vom 17. Mai d. Js. noch nicht in Kraft getreten ist, so wäre doch die Annahme irrig, daß die Organisierung unserer höchsten Staatsbehörden bei uns noch nicht geregelt sei. Im Februar 1919 wurde vom Sejm eine sogenannte kleine Verfassung beschlossen, die heute noch die bindende Rechtsgrundlage unseres Verfassungswesens bildet. Vertiefen wir uns in ihren Inhalt.

Art. 1 sagt: **Die souveräne Behörde im polnischen Staate ist der gesetzgebende Sejm.** Dies bedeutet, daß es in Polen nicht zwei gleiche höchste Behörden gibt, wie wir dies in monarchistischen Staaten oder in der amerikanischen Republik sehen, wo dem Präsidenten das „Vetorecht" zusteht. Bei uns besteht nur eine souveräne oberste Behörde, und diese ist der gesetzgebende Sejm. Hieraus geht hervor, daß es in Polen keinen Faktor geben kann, der in legaler Weise verfassungsgemäß sich dem Willen des Sejms entgegenstellen darf.

Art. 2 sagt: **Der Staatspräsident ist der Vertreter des Staates und der oberste Vollzieher der Sejmbeschlüsse in Zivil- und Militärangelegenheiten.** Dies bedeutet, daß der Staatspräsident nicht nur verpflichtet ist, Gesetze durchzuführen, die vom Sejm beschlossen sind, sondern auch Sejmbeschlüsse in allen politischen Angelegenheiten zu erledigen. Hieraus geht hervor, daß alle Sejmbeschlüsse in der Wilnaer Angelegenheit vom Staatspräsidenten vollzogen werden sollten. Ihre Nichtausführung würde eine Verletzung des bindenden Verfassungsrechtes bedeuten.

Art. 4 sagt: **Der Staatspräsident und die Regierung sind vor dem Sejm für ihre Amtstätigkeit verantwortlich.** Dies bedeutet, daß nicht nur die Minister, sondern auch der Staatspräsident dem Sejm gegenüber verantwortlich sind. Was bedeutet der Ausspruch „verantwortlich"? Man kann ihn auf zweifache Weise verstehen: 1. In der Bedeutung der politischen Verantwortlichkeit, oder 2. in der Bedeutung der rechtlichen Verantwortlichkeit. Der Staatspräsident ist in politischer Hinsicht verantwortlich, d. h. er ist dem Sejm ähnlich wie die Minister für die Richtung seiner Politik verantwortlich, und im Falle der Abweichung seines Standpunktes vom Standpunkt des Sejms muß er sofort zurücktreten, wie dies die Minister in allen Staaten mit parlamentarischen Regierungen tun. Im genannten Falle ist jede „Androhung" eines Rücktritts sinnlos, da ein solcher Rücktritt mit Notwendigkeit sich aus der Verfassung selbst ergibt.

Man kann aber die in unserer Verfassung vorgeschriebene Verantwortlichkeit des Staatspräsidenten anders auffassen, und zwar in nur rechtlicher Beziehung (nach französischem Muster). Hier ist der Staatspräsident vor dem Sejm nur für die Verletzung des Rechts, für die Verletzung der Verfassung oder gewöhnlicher Gesetze verantwortlich, und für die Richtung der Politik sind ausschließlich die Minister verantwortlich. Aus diesem Standpunkt aber ergibt sich eine grundsätzliche Folgerung: der Staatspräsident sollte sich nicht in politische Angelegenheiten hineinmischen und hat kein Recht, sich der Richtung der Regierungspolitik, die auf die Mehrheit des Sejms gestützt ist, entgegenzustellen. Jeder Gegensatz seines Standpunktes gegenüber der Meinung des Sejms wäre ein verfassungswidriger Schritt.

Wenn wir diese elementaren Regeln des Verfassungsrechtes auf die Wilnaer Frage anwenden, so sehen wir hier nur zwei rechtliche Möglichkeiten: 1. Entweder sieht sich der Staatspräsident für den tatsächlichen Leiter der Regierungspolitik an; dann muß er, sobald der Gegensatz zwischen seiner Politik und der des Sejms abweicht, sofort zurücktreten; 2. oder der Staatspräsident erachtet sich für nicht verantwortlich in politischer Beziehung (wie der französische Präsident). In diesem Falle hat er nicht das Recht, sich in Angelegenheiten der Regierungspolitik hineinzumischen, da dieses Einmischen im Widerspruch stände mit der Verfassung. Tertium non datur.

Unser politischer Organismus ist noch neu. Unsere Bevölkerung politisch noch nicht geschult. Um so wichtiger ist das Verständnis und die Befolgung der Rechtsgrundsätze in unserem politischen Leben. Daran sollte vor allem der polnische Sejm denken.

„Civis."

In der letzten Zeit haben wir uns an dieser Stelle wieder häufiger, als uns lieb ist, mit den deutschfeindlichen Auslassungen des „Kurjer Poznański" beschäftigen müssen. Vor einigen Tagen führten wir den Inhalt eines „Kurjer"-Aufsatzes dieser Art an, der die Überschrift trug, „Warschaus Exklusivität". Dieser Aufsatz war, wie schon mehrere Aufsätze dieser Art, mit „Civis" unterzeichnet.

Wer ist „Civis"?

Civis, der Bürger, der Aufsätze schreibt, die ohne Zweifel verhetzend wirken und nahe an die Grenzen des Strafbaren streifen, ist ein höherer Beamter der polnischen Prokuratur, der Staatsanwaltschaft. Er heißt Kierski und ist Generalstaatsanwaltschaftsrat. **Es dürfte von Wert sein, sich seinen** Namen in Verbindung mit seiner Gesinnung und seinem Amt zu merken.

Schon früher hat Herr Kierski in den Spalten des „Kurjer" wiederholt seinem Temperament die Zügel schießen lassen. Vor einiger Zeit erschien ein Interview, das er einem Journalisten in der Domänenpächterfrage gewährte. Aus diesem Interview und aus manchen anderen Auslassungen des Herrn Kierski ergeben sich zwei merkwürdige Auffassungen dieses Generalstaatsanwaltschaftsrates: 1. Die Anschauung von der Unverbindlichkeit regierungsseits gegebener Versprechen; 2. die Anschauung, daß der polnische Staat im öffentlichen und im privaten Rechtsgebiet als Nachfolger der preußischen Regierung lediglich alle ihre Rechte, nicht aber ihre Pflichten übernommen habe.

Das Verfahren der Generalprokuratur bei den Prozessen, in denen es sich um die Vertreibung der Deutschen handelt, scheint diesen Anschauungen zu entsprechen.

Pflichtgetreue Wähler.

Die polnische Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Ausfall der städtischen Wahlen in Pommerellen und hebt hervor, daß an mehreren Orten die Wahlvorbereitungen der Deutschen viel energischer und planmäßiger betrieben wurden, als das, was auf polnischer Seite in dieser Hinsicht geleistet wurde, und daß infolgedessen die Deutschen zum Teil es auf höhere Zahlen gebracht hätten, als man erwarten konnte. Es wird darüber geklagt, daß auf polnischer Seite die Zersplitterung als Folge des Parteiunwesens sich auch bei dieser Gelegenheit fühlbar machte. Die Wahlbeteiligung erreichte auf deutscher Seite an manchen Orten die Höhe von 95 v. H., während von polnischen Wählern stellenweise nur 40 v. H. der Wähler ihrer Wahlpflicht genügten.

Besonders lehrreich ist das Beispiel von Konitz. Nicht nur im „Konitzer Tageblatt" wird der Pflichteifer der deutschen Wähler und die ausgezeichnete Organisation der deutschen Wahlpropaganda, die zu einem deutschen Siege führte, anerkannt, sondern auch der „Dziennik Chojnicki" äußert sich in ähnlichem Sinne. Er schreibt: „Als ein Beispiel dafür, mit welchem Eifer und welcher Gewissenhaftigkeit die deutschen Wähler ihrer Wahlpflicht am Sonntag zu genügen bemüht waren, sei der Direktor des Schlachthofes, Herr Wendel, angeführt. Er hatte eigentlich die Absicht, am Freitag abzureisen Wegen der Wahlen blieb er bis Sonntag. Um 11 Uhr gaben er und seine Frau ihre Stimmen ab. Darauf begaben sie sich zum Vorsitzenden des deutschen Agitationsbureaus und meldeten, daß sie ihrer Wahlpflicht genügt hätten. Um ½12 Uhr reisten Herr und Frau Wendel für immer nach Deutschland ab. Ein nachahmenswertes Beispiel — für uns."

Wir fügen hinzu: „Auch für uns." Das Bewußtsein der Pflicht und der Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber der Allgemeinheit und das Bewußtsein, daß es auf jede Stimme ankommt, muß am Tage der Wahlen für jeden wahlberechtigten Deutschen eine Selbstverständlichkeit sein.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 19. November.

Sinken der Vieh- und Fleischpreise.

Innerhalb einer Woche ist ein erfreulicher Rückgang der Schweinepreise eingetreten, und zwar für den Zentner Lebendgewicht von 18 000—18 500 M. auf dem Viehmarkt am Freitag dem 11. November, auf 16 000 M. am Mittwoch dem 16. November und 13 000 M. am gestrigen Freitag. Das bedeutet einen Preisrückgang um 5000—5500 M. für den Zentner Lebendgewicht. Das Sinken der Preise ist einmal auf den Massenauftrieb von Schweinen aus Kongreßpolen und andererseits auf die abwartende Haltung der Fleischermeister beim Vieheinkauf zurückzuführen. Ein Sinken der Preise war auch für die übrigen Vieharten festzustellen. Rinder, die sich auf dem Mittwochmarkte noch auf dem Stande von 7000—7500 M hielten, gingen gestern auf 6500—7000 M., d. h. um 500 M. für den Ztr. Lebendgewicht herunter. Kälber fielen von 9000—9500 M. um 2500—3000 M.. Schafe von 8000 M. auf 6000 M., d. h. um 2000 M. Erfreulicherweise löste das Sinken der Schweinepreise schon seit einigen Tagen niedrigere Schweinefleischpreise aus; sie gingen von 280 M. auf 240 bzw. 220 M., der Speckpreis von 400 M. auf 360 M. das Pfund herunter. Es darf mit Sicherheit erwartet werden, daß der gestrige weitere Preisrückgang für Schweine um 3000 M. sich in einem weiteren Fallen der Schweinefleisch- und Speckpreise bemerkbar machen wird. Da auch die übrigen Viehpreise erheblich gesunken sind, müssen auch die Preise für Rind-, Kalb- und Hammelfleisch bedeutend zurückgehen. Endlich ein Sonnenstrahl in der trüben Zeit!

Der Kampf gegen eine schwere Stadtplage.

Der Starosta Grodzki hat jetzt eine Verfügung zur allgemeinen Rattenvertilgung in sämtlichen Besitzungen der Stadt Posen für den 1. und 2. Dezember d. Js. angeordnet und darf dafür des Dankes aller der Leute gewiß sein, die unter diesen entsetzlichsten aller Geschöpfe zu leiden haben. Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, in wie grauenerregender Weise die Ratten in den letzten Monaten sich in allen Stadtteilen Posens vermehrt haben; sie hausen nicht nur in ekelhafter Weise in den Kellern und in den Vorratskammern und räumten beispielsweise unter den Kartoffelvorräten auf, sondern dringen auch in die Wohnungen ein, greifen nicht nur Kinder, sondern auch unter Umständen Erwachsene an. Diese furchtbare Plage, unter der die gesamte Bewohnerschaft Posens zu leiden hat, hätte nach unserer ehrlichen Überzeugung niemals einen so ungeheuren Umfang annehmen können, wenn die sonst üblichen Rattenvertilgungen stattgefunden hätten, und wenn die Vorschriften, die für diese Vertilgungen polizeilicherseits erlassen worden waren, nun auch wirklich streng durchgeführt worden wären. Aber daran hat es leider vielfach gefehlt. Es gibt eben immer noch gewisse, aus den übrigen Gebietsteilen hier zugewanderte Herrschaften, die sich in die zu ihrem eigenen Nutzen, allerdings aber auch im allgemeinen Interesse erlassenen Verordnungen nicht fügen können. Und so haben recht viele von ihnen die angeordnete Auslegung von Gift unterlassen. Das ist nicht etwa eine unbegründete Behauptung, sondern wir können, falls es gewünscht wird, mit Beweisen dafür dienen, daß zahlreiche Hausbesitzer nicht nur einmal, sondern in den letzten Jahren jedesmal die Auslegung von Giften pp. unterlassen haben. Die Folge davon war natürlich die ungehinderte Ausbreitung der gesundheitsgefährlichen und schädlichen Nager. Bemerkt sei nur, daß man schon in normalen Friedenszeiten den durch eine Ratte angerichteten Jahresschaden auf 25 M. schätzte. Daß der Kampf gegen diese Bestien illusorisch wird, wenn nicht alle Hausbesitzer sich restlos daran beteiligen, muß jedem vernünftigen Menschen ohne weiteres einleuchten. Denn die Ratten wittern mit einem

geradezu bewundernswerten Instinkt jede Gefahr und meiden die Orte, wo ihnen eine solche droht. Soll daher die Rattenvertilgung diesmal wirklich den allgemein erwünschten Erfolg haben, dann muß sich jeder restlos daran beteiligen. Wer das aber nicht von selber tut, der muß von der Polizei dazu angehalten und erforderlichenfalls in strenge Strafe genommen werden. Denn es ist wirklich nicht angängig, daß ein Teil der Bevölkerung, sei es aus Gleichgiltigkeit, sei es aus bewußter Opposition, jener polizeilichen Anordnung ein Schnippchen schlägt, die dazu erlassen ist, die Einwohnerschaft der Stadt von einer furchtbaren Plage, wenn auch nicht ganz zu befreien, so sie doch in ihren Ausmaßen einzuengen. Videant consules, ne quid respublica detrimenti capiat!

hb.

Einen auffälligen Preisunterschied kann man jetzt beim Einkauf von Streichhölzern feststellen. Während einzelne wenige Geschäfte, darunter ein bekanntes deutsches Delikateßwarengeschäft in der ul. Gwarna (fr. Viktoriastr.), für ein Paket mit 10 Schachteln der besten Streichhölzer auf 75 bis 80 M. heruntergegangen sind, lassen sich die meisten Geschäfte für weniger gute Ware bei weit geringerem Streichhölzerinhalt jeder einzelnen Schachtel noch 100, ja sogar 120 M. bezahlen. Die bisher wahrlich schon genügend geschröpfte Bevölkerung wird daher gut tun, bei der Auswahl der Geschäfte für den Einkauf von Streichhölzern sehr vorsichtig zu sein.

Ziegeleiverkauf. Die größte und die älteste Dampfziegelei nebst Falzziegelfabrik in Fabianowo bei Posen mit angrenzenden Ländereien in Größe von 350 Morgen verkauften die M. Victorschen Erben, Simon Victor und Dr. Cobliner, durch Vermittelung der Güterkommissionsfirma Max Levy-Posen an die Möbelfabrikanten K. Nowakowski Söhne in Posen. Die Übergabe hat bereits stattgefunden. Die Käufer beabsichtigen eine Fournierfabrik einzubauen.

Butterpreis. In der letzten Woche vom 14.—19. d. Mts. betrug der Butterpreis im Großhandel 800—820 M. für das Pfund.

Die Schonzeit für Rebhühner, Wachteln, Schneehühner beginnt in der Wojewodschaft Posen mit dem 24. November, so daß die Schußzeit mit dem 23. November endet. Die Schonzeit für Rehkälber und Ricken ist auf das ganze Jahr 1921 festgesetzt. Die Schonzeit für Rehböcke beginnt mit dem 17. Dezember 1921, die Jagd endet mit dem 16. Dezember.

W. Wollstein, 18. November. Zu den am 4. Dezember im hiesigen Kreise stattfindenden Kreistagswahlen ist nur eine deutsche Wahlliste anerkannt worden, und zwar im Wahlbezirk Chorzemin. — Bei der Stadtverordnetenwahl in Kopnitz stimmten die deutschen Wähler, da keine Möglichkeit bestand, einen eigenen Kandidaten durchzubringen, geschlossen für die polnische Liste der bürgerlichen Partei. Das Wahlergebnis war: 4 bürgerliche Vertreter und 2 Arbeitervertreter. — Der am Dienstag hier abgehaltene Viehmarkt brachte infolge des allgemein herrschenden Futtermangels von Rindvieh ein großes Angebot. Der hohen Preisforderungen und ganz geringer Nachfrage wegen blieb der Markt ungeräumt. — Der Stand der Wintersaaten ist in hiesiger Gegend entgegen der allgemeinen gehegten Befürchtungen als gut zu bezeichnen. — Lehrer Bartel von der Ansiedlungsschule Mauche scheidet aus dem staatlichen Schuldienste aus, um eine Lehrerstelle in Berlin anzunehmen.

* Tremessen, 18. November. Bei der hiesigen Stadtverordnetenwahl wurden für Liste A 826, Liste B 748, und Liste C 82 Stimmen abgegeben. Von Liste A (bürgerliche Partei) wurden gewählt: Propst Kowalski, Thomas Kaptur, Zdrojewski, Dekert, Cieslewicz; Liste B (Arbeiterpartei) Schatek, Matuszak, Swiderski, Wlodarek, Grzeszkowiak und Adamkiewicz; Liste C (deutsche Partei) kam mit den 82 Stimmen ihres Kandidaten nicht durch. Welch ein Wunder, wenn von den hier ansässigen ungefähr 300 stimmberechtigten Deutschen nur rd. 150 auf der Wählerliste standen. Auch diese 150 deutschen Wähler machten von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch, weil verschiedene Bürger keine Wahlzettel erhalten hatten.